

**Öffentliche Niederschrift über die
29. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 14.02.2022 in Form einer Videokonferenz.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **20:26** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf bis 19:50 Uhr (TOP 11)
Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel Vorsitz ab 19:50 Uhr (TOP 12)

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter Vertretung für Herrn Arnold Schmitt
Herr Boris Bulitta
Frau Stephanie Freytag
Herr Bernhard Henter
Herr Michael Holstein Vertretung für Herrn Matthias Daleiden
Frau Christiane Junk-Kornbrust Vertretung für Herrn Jens Ahnemüller
Herr Sascha Kohlmann
Frau Dr. Kathrin Meß
Frau Stephanie Nickels
Herr Claus Piedmont
Herr Lothar Rommelfanger
Frau Marianne Rummel
Frau Ingeborg Sahler-Fesel
Frau Kathrin Schlöder
Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis im Sitzungssaal anwesend; bis 18:35
Uhr (TOP 9)

Verwaltung

Herr Sebastian Bienek EDV
Herr Joachim Christmann Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Norbert Etringer Leiter der Abteilung 5 - Schulen und
Bildung (TOP 6-8)
Herr Christoph Fuchs Büroleiter
Herr Maximilian Junkes Zentralabteilung (TOP 9)
Frau Ruth Mayer Abteilung 6 - Finanzen und
Kommunales (TOP 1 & 5)
Herr Martin Meyer Abteilung 5 - Schulen und Bildung
(TOP 6-8)

Herr Thomas Müller
Herr Rolf Rauland
Herr Norbert Rösler

Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs I
Leiter der Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen und Umwelt (TOP 10)
Leiter des Geschäftsbereichs III
Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen und Umwelt (TOP 10)

Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Frau Heike Ulrich

Gäste

Herr Karl-Heinz Hochscheidt

Stadt Trier, Leiter des Servicecenters
D115 (TOP 9)

Herr Joachim Konrad
Herr Marc Reis
Herr Dr. Michael Schäfer
Herr Manfred Schneider
Frau Margret Scholtes

BGHplan (TOP 10)
BNT Trier (TOP 6-8)
BNT Trier (TOP 6-8)
BNT Trier (TOP 6-8)
Leiterin Naturschutzgroßprojekt
"Bänder des Lebens im Hunsrück"
(TOP 10)

Herr Joachim Trösch

Kreistagsmitglied (Zuhörer)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller
Herr Matthias Daleiden
Herr Arnold Schmitt

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die per Videokonferenz zugeschaltet sind. Weiterhin begrüßt er die Kreistagsmitglieder, die als Zuhörer ohne Stimm- und Rederecht zugeschaltet sind.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Ferner weist der **Vorsitzende** daraufhin, dass es gemäß des § 28 Absatz 3 notwendig sei, dass die Ausschussmitglieder ihre Zustimmung zur Durchführung der Sitzung in Form einer Videokonferenz geben. Überdies müsse ein einstimmiger Beschluss zur Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen via Livestream gefasst werden (§ 28 Abs. 1 LKO).

Der **Kreisausschuss** stimmt der Durchführung der Sitzung in dieser Form einstimmig zu. Ferner stimmt er einstimmig zu, dass Ton- und Bildaufnahmen zur Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung via Livestream zulässig sind.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion „Bau eines Verkehrskreisels am Neuhaus Osburg“ vom 31.01.2022 erklärt Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass dieser Antrag zunächst im zuständigen Bauausschuss am 02.03.2022 beraten werde, bevor er im darauffolgenden Kreisausschuss beraten werden solle.

Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG) bittet die nächsten Gremiensitzungen wieder in Präsenzform durchzuführen, sofern es die Situation zulasse.

Landrat **Metzdorf** teilt mit, dass in der heutigen Ältestenratssitzung abgestimmt worden sei, dass die nächsten Sitzungen zunächst weiterhin per Videokonferenz stattfinden. Die Inzidenzen werden seitens der Verwaltung im Blick behalten und ggf. werde eine Änderung der Sitzungsform herbeigeführt.

Es liegen keine Änderungen zur Tagesordnung vor. Aufgrund dessen wird sie wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. **Annahme von Spenden; Vorlage: 0012/2022**
3. **Öffentliche Ausschreibung des Ehrenamtes der/des Beauftragten für Migration und Integration; Sachstand; Vorlage: 0038/2022**
4. **Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Trier-Saarburg; Archivierung des Livestreams; Vorlage: 0037/2022**
5. **K 35 - OD Issel; Zustimmung zur Vergabe; Vorlage: 0031/2022/1**
6. **Interreg Projekt smart energy 4.4 – Sachstandsbericht; Vorlage: 0042/2022**
7. **Beraterleistung Kommunikation / Marketing im Projekt smart energy 4.4 – Auftragsvergabe; Vorlage: 0043/2022**
8. **EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier - Vorbereitung Antragsstellung; Vorlage: 0044/2022**
9. **Servicecenter 115 - Weiterentwicklung des Servicecenters und überplanmäßige Ausgabe für die Abrechnung 2021
Vorlage: 0050/2022**
10. **Vorstellung Pflege- und Entwicklungsplan des Naturschutzgroßprojektes "Bänder des Lebens im Hunsrück"; Vorlage: 0034/2022**
11. **Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

2. Annahme von Spenden; Vorlage: 0012/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der Sachspenden im Gesamtwert von 1.682,08 EUR gem. § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. Öffentliche Ausschreibung des Ehrenamtes der/des Beauftragten für Migration und Integration; Sachstand; Vorlage: 0038/2022

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Bis zum heutigen Tag seien insgesamt 3 Bewerbungen bei der Verwaltung eingegangen. Die Bewerber:innen werden zur nächsten Kreisausschusssitzung eingeladen, um Ihnen die Gelegenheit zu geben sich persönlich vorzustellen.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne Fragen zur Kenntnis.

4. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Trier-Saarburg; Archivierung des Livestreams; Vorlage: 0037/2022

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ferner weist er ausdrücklich auf die zu erwartenden, nicht unerheblichen Kosten, die in der Vorlage genannt seien, hin. Diese Kosten betreffen die Archivierung von Ton- und Bildaufnahmen.

Nach einer kurzen Anmerkung des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) teilt Büroleiter **Fuchs** mit, dass es sich bei der in der Vorlage aufgeführten Variante 1 um die bisherige Verfahrensweise handle, bei der die Tonaufnahmen bis zur nächsten Kreistagssitzung aufbewahrt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse ohnehin die Sitzungsniederschrift gefertigt sein. Variante 2 sehe hingegen die dauerhafte Archivierung der Tonaufnahmen vor. Variante 3 sei bei einer Archivierung von Ton- und Bildaufnahmen mit entsprechenden Kosten verbunden, auf die der Landrat bereits hingewiesen habe.

Die Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) sowie **Dr. Meß** (Die Linke) sprechen sich für die Variante 3 aus.

Nach dem Hinweis seitens des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU), dass die Aufzeichnung des Livestreams nach der jeweiligen nächsten Kreistagssitzung öffentlich gelöscht werden müsse, erklärt der **Büroleiter**, dass in der letzten Kreistagssitzung ein entsprechender Beschluss betreffend des Livestreams gefasst worden sei. Die Änderung der Geschäftsordnung sei weitergehend. Diese Änderung betreffe die Archivierung der Ton- und/ oder Bildaufnahmen.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) gibt an, dass die FWG-Kreistagsfraktion das Ansinnen hege, keine zusätzlichen massiven Kosten durch die Archivierung entstehen zu lassen. Es sei eher unwahrscheinlich, dass diese Aufzeichnungen für künftige Beweissicherungen bzw. Nachvollziehungen notwendig werden. Es solle verantwortungsbewusst gehandelt werden, ohne den Mitarbeiter:innen zusätzlichen Aufwand zu bereiten. Die FWG-Kreistagsfraktion befürworte dementsprechend die 2. Variante.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich der Niederschrift versichert der **Landrat**, dass durch die Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Trier-Saarburg nicht die Gemeinde- bzw. die Landkreissordnung geändert werde. Eine Sitzungsniederschrift zu jeder Sitzung sei auch künftig in jedem Fall notwendig.

Landrat **Metzdorf** merkt auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden **Piedmont** (FDP) an, dass sich die Form der Niederschrift seit Jahrzehnten bewährt habe. Sie werde in dieser Form auch künftig weitergeführt. Einwendungen gegen die Niederschrift können stets vorgebracht werden. Ein Wortprotokoll könne per Antrag bzw. per Beschluss gefasst werden.

Der **Landrat** fasst zusammen, dass sich die Teilnehmenden auf die Variante 2 verständigt haben.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung vorzubereiten, wonach künftig die **Tonaufnahmen** der Kreistagssitzungen dauerhaft archiviert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen

5. **K 35 - OD Issel; Zustimmung zur Vergabe; Vorlage: 0031/2022/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 35, L 47 in der OD Issel an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtbauauftrag soll an die Fa. F. Lehnen, Sehlem in Höhe des Kreisanteils von 219.809,71 € (Angebotssumme 813.800,35 €) vergeben werden.

Der Kreisausschuss beschließt darüber hinaus, den Landesbetrieb Mobilität (LBM) Trier zu ermächtigen, den Auftrag für die Ausstattung (Leitpfosten und Schutzplanken) in Höhe von ca. 10.000,- € vergeben zu dürfen.

Die Auftragsvergabe kann trotz der bestehenden Interimswirtschaft erfolgen, da bereits seit 2020 und 2021 im Finanzhaushalt ein Haushaltsansatz für die Maßnahme enthalten war, so dass die dahingehende Investitionstätigkeit entsprechend § 57 LKO i.V.m. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO fortgesetzt werden kann.

Der Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 229.809,71 €, sowie die mit der Baumaßnahme zusammenhängenden Kosten i.H.v. ca. 10.000,- für die Ausstattung werden vom Land mit einer Förderquote von 70 % bezuschusst. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid des Landes vom 07.06.2021 mit einem zwendungsfähigen Kostenanteil von bis zum 325.000,- € liegt hier vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6. Interreg Projekt smart energy 4.4 – Sachstandsbericht;
Vorlage: 0042/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung und begrüßt die Vertreter des Balthasar-Neumann-Technikums Trier und der Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Im Einzelnen sind dies Herr Dr. Schäfer, Herr Schneider und Herr Reis sowie von der Verwaltung Herr Abteilungsleiter Etringer und Herr Meyer. Im letzten Kreisausschuss sei angeregt worden, dass die Mitglieder über dieses Projekt detailliert informiert werden sollen.

Herr **Meyer** präsentiert zu Beginn einen kurzen filmischen Beitrag, da dieser in Bezug auf das Projekt sehr aussagekräftig sei. Es handle sich um länderübergreifende Projektpartner.

Im Folgenden stellt Herr **Schneider** die als Anlage zur Vorlage beigefügte Präsentation zum Interreg Projekt smart energy 4.4 vor. Hinsichtlich der darin erwähnten Normenvergleichsstudie sei als Ergebnis festgestellt worden, dass es länderabhängig signifikante Abweichungen bei den Zielen des Projektes gebe. Eine Harmonisierung sei lediglich von politischen Entscheidungsträgern durch

Beschlüsse zu erreichen. Bisher habe sich niemand mit diesen Themen in Europa auseinandergesetzt. In der heutigen Kreisausschusssitzung gehe es darum, den politischen Entscheidungsträgern die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Schulungsseminare für die verschiedenen Innungen seien mit den Kammern sowie den Gewerbetreibenden abgestimmt.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Nachfrage dieser Schulungsseminare versichert Herr **Schneider**, dass diese Seminare sehr gut angenommen werden. Es handle sich insbesondere hierbei um Teilnehmer:innen, die bisher kaum Berücksichtigung im Bildungssystem gefunden haben. Weitere Seminare sollen dementsprechend auf Wunsch verschiedener Unternehmen folgen. Aufgrund des derzeitigen Fachkräftemangels sei dieses Angebot zielführend. Die Angebote sollen dauerhaft etabliert werden. Der Landkreis Trier-Saarburg unterstütze die Qualifizierung des Fachpersonals. Es seien inzwischen einige Geräte angeschafft worden, die auch seitens der Verwaltung genutzt werden könnten. In den nächsten Jahren gebe es im Landkreis Trier-Saarburg Gebäude, die sanierungsbedürftig seien. Hierzu könne die neu angeschaffte Technik genutzt werden.

Im Folgenden zeigt Herr **Meyer** die Übersicht über die finanziellen Mittel auf. Das Projekt laufe seit 2019. Das Budget stehe seitens des Landkreises als Begünstigter zur Verfügung. Die Quote zwischen Gesamtbudget und Mittelverbrauch liege bei 60,18 %. Der Landkreis trage die Hauptarbeit bei diesem Projekt. Bei Fragen können sich die Mitglieder gerne an die Verwaltung sowie die Vertreter des BNT Trier wenden.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Freytag** (SPD) hinsichtlich der externen Beratertätigkeit erklärt Herr **Dr. Schäfer**, dass mit dem Marketing sowie der öffentlichen Kommunikation ein großer Arbeitsaufwand verbunden sei. Aus diesem Grund übernehme die Beratung ein externer Dienstleister, was mit finanziellen Mitteln verbunden sei. Es handle sich um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt mit, dass es sich insgesamt um ein interessantes Projekt handle. Die Harmonisierung der Ergebnisse sei notwendig, um die grenzüberschreitende Tätigkeit der Menschen zu synchronisieren.

Herr **Dr. Schäfer** gibt an, dass es in Abstimmung mit den Kammern Überlegungen gebe, bspw. Zusatzqualifikationen anzubieten, um die Unterschiede bei verschiedenen Berufen auszugleichen. Insgesamt befinde sich das Projekt auf einem guten Weg.

Fraktionsvorsitzende **Junk-Kornbrust** (Die Freiheitlichen) weist auf die Pisasstudie hin. Daraus sei ersichtlich, dass andere Länder im Bildungsbereich einen Vorsprung gegenüber Deutschland haben. Durch die Digitalisierung werde dieser Effekt noch verstärkt. Ausschließlich digitales Lernen halte sie für den falschen Weg. Das derzeitige Bildungssystem sei gut so wie es sei.

Um eine Fortführung der Schulungsangebote nach Ende des Projektes bittet

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Die Beraterleistungen werden dann hingegen nicht mehr benötigt.

Landrat **Metzdorf** betont, dass die Harmonisierung mit den Nachbarstaaten mit dem gleichen Ausbildungsstand ein sinnvolles Ziel sei. Hierzu sei die Region auf einem sehr guten Weg. Die Beraterleistungen werden solange benötigt, um das Netzwerk aufrecht zu erhalten sowie die Kommunikation zu fördern.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

7. **Beraterleistung Kommunikation / Marketing im Projekt smart energy 4.4 – Auftragsvergabe; Vorlage: 0043/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag zur Beraterleistung in Sachen Kommunikation und Marketing im Rahmen des Interreg-Projektes smart energy 4.4 an die Firma Gute Leute Arbeitgeber Mehrwert aus Trier zum geprüften Angebotspreis von 80,00 € netto pro Stunde zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme

8. **EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier - Vorbereitung Antragsstellung; Vorlage: 0044/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr **Meyer** informiert, dass die für dieses Projekt anfallenden finanziellen Mittel bereits im Kreishaushalt 2022 eingestellt seien. Es sei fristwährend ein Förderantrag zur Kostenübernahme beim Bund gestellt worden. Bei einer heutigen Ablehnung des Projektes könne dieser Antrag seitens des Landkreises wieder zurückgezogen werden.

Bei diesem Projekt gehe es um die zunehmende Relevanz der Fachkräfte, so Herr **Dr. Schäfer**. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes habe Folgen für die Bildung sowie für den Landkreis Trier-Saarburg. Die Antragsstellung sei aufwendig und komplex. Es sei hierfür eine Analyse notwendig, die fortlaufend modifi-

ziert werden könne. Im September 2022 könne das Konzept dann erneut vorgestellt werden und darüber abgestimmt werden, ob es unterstützt werde. Die Transformation am Arbeitsplatz werde nicht mit den derzeitig vorhandenen Konzepten gelingen. Eine Optimierung des aktuellen Systems sei möglich. Es handle sich insgesamt um eine zukunftssträchtige Vision. Neben der TU Kaiserslautern berate das BNT Trier in diesem Bereich die rheinland-pfälzische Landesregierung. Dementsprechend könne der Landkreis Trier-Saarburg als Schulträger Vorreiter sein.

Landrat **Metzdorf** dankt für das Engagement der Schule. Er betont, dass bereits zum heutigen Zeitpunkt die Wege der Zukunft im Bereich der Digitalisierung eingeschlagen werden können. Der Digitalisierungsprozess befinde sich seiner Ansicht nach erst am Anfang. Es sei kaum absehbar, was im Rahmen der Digitalisierung auf die Gesellschaft zukomme.

Seitens der CDU-Kreistagsfraktion erhalte dieses Projekt Zustimmung, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Er erwarte allerdings, dass das ausgearbeitete Konzept im September dem Kreisausschuss vorgestellt werde. Es gelte sich mit dem zuständigen Ministerium sowie der ADD Trier abzustimmen. Er bitte ferner darum, das EduHub in einer diesjährigen Sitzung vorzustellen. Er bitte um Auskunft zur Größenordnung dieses Projektes.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt der **Vorsitzende**, dass es sich um eine Vorlaufförderung handle.

Keine Unterstützung findet dieses Projekt hingegen bei der Fraktionsvorsitzenden **Junk-Kornbrust** (Die Freiheitlichen). In der Quintessenz werden aus ihrer Sicht Menschen durch Computer ersetzt. Die Digitalisierung verändere den Menschen. Im Allgemeinen befürworte sie Bildung, jedoch nicht die Transformation zur Digitalisierung.

Der **Landrat** merkt an, dass in diesem Bereich die Industrie Maßstäbe setze. Die Verwaltung müsse bei der Digitalisierung mithalten, um nicht abgehängt zu werden.

Herr **Reis** hebt die positiven Effekte hervor. Es müsse dabei zwischen professionellen Bildungsinhalten und den unprofessionellen Inhalten unterschieden werden. Die Vorteile der Digitalisierung müssen genutzt werden. Die Industrie sowie die Wirtschaft schreiten voran. Die Bevölkerung müsse dabei mitgenommen werden.

Fraktionsvorsitzende **Junk-Kornbrust** (Die Freiheitlichen) verweist auf Seite 43 der „Smart-City-Charta – Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Einer darin beschriebenen Entdemokratisierung durch die Digitalisierung könne er sich nicht anschließen, so Landrat **Metzdorf**.

Das Gesamtvolumen des Projektes betrage voraussichtlich rd. 5,4 Mio. Euro, so Herr **Dr. Schäfer**. Der Fördersatz bei diesem Projekt betrage 60 % der zu-

wendungsfähigen Kosten, sodass beim Landkreis ein Eigenanteil von 40 % auf 4 Jahre verteilt verbleibe. Der aktuelle Ansprechpartner bei der ADD Trier sei Herr Britten. Er sei über diesen Projektantrag informiert und unterstütze die Arbeit. Das Bildungsministerium weise das BNT Trier als Referenzgröße aus.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) schlägt vor, dass das ausgearbeitete Konzept in einer Sitzung vorgestellt werde. Im Anschluss daran können die Kreistagsfraktion darüber beraten und in der darauf folgenden Sitzung könne dann ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Abteilungsleiter **Etringer** sagt zu, dass die Verwaltung im September mit dem Antrag, dem Kostenfinanzierungsrahmen und dem Sachbericht zum Interreg B Projekt vorstellen könne. Der Mehrwert für den Landkreis und die Schulen werde dann deutlicher.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine weiteren Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Projektantrages im Programm Interreg B Nordwesteuropa in Zusammenarbeit mit dem BNT Trier zu beauftragen. Zudem beschließt der Kreisausschuss dem seitens der Verwaltung beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) fristwährend gestellten Antrag auf Vorlauffinanzierung zuzustimmen.

Darüber hinaus wird im September der Zwischenstand im Kreisausschusssitzung inklusive des Kosten- und Finanzierungsrahmen vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 14 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme

9. Servicecenter 115 - Weiterentwicklung des Servicecenters und überplanmäßige Ausgabe für die Abrechnung 2021; Vorlage: 0050/2022

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Zudem begrüßt er den Leiter des Servicecenters, Herrn Hochscheidt.

Herr **Hochscheidt** berichtet von der täglichen Arbeit der Mitarbeiter:innen des Servicecenters. Aufgrund der bisherigen Zunahme der Anrufe seitens der Bevölkerung bei der Servicrufnummer sei eine Personalaufstockung notwendig, um ferner darüber hinaus weitere Anrufe bewältigen zu können. Die psychische Belastung der Mitarbeiter:innen sei sehr hoch.

Büroleiter **Fuchs** ergänzt, dass es bei der heutigen Beschlussfassung insbesondere um die Erhöhung der Personalstärke des Servicecenters 115 auf bis zu 15 Vollzeitstellen als Abrechnungsgrundlage gehe. Der Landkreis Trier-Saarburg beteilige sich mit 28 Prozent an den Gesamtkosten. Die Stadt Trier

sei grundsätzlich zuständig für dieses Servicecenter. Die entsprechenden finanziellen Mittel seien in den Stadthaushalt eingestellt. Die Verwaltung sei im ständigen Kontakt mit Herrn Hochscheidt. Das Anruferaufkommen habe sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die Träger des Servicecenters streben an, sich weiterhin bei der Servicequalität zu verbessern. Die dort arbeitenden Kolleg:innen leisten gute Arbeit. Die Vorsprachen bei den Ämtern konnten durch das Servicecenter zurückgefahren werden. Der Kreisausschuss werde um Zustimmung gebeten.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) betont, dass es sich in den letzten beiden Jahren um eine Ausnahmesituation gehandelt habe, aufgrund dessen eine Personalaufstockung vorgesehen sei. Er frage sich, ob dieses Anruferaufkommen weiterhin auf diesem Level bestehen bleibe.

Dahingehend teilt Herr **Hochscheidt** mit, dass in der nächsten Zeit 2 Mitarbeiter:innen in Rente verabschiedet werden. Diese beiden Stellen werden nicht neu besetzt. Dennoch sei eine Erhöhung der Personalstärke notwendig. Die Arbeit des Servicecenters sei sehr transparent, sodass alle Vorgänge nachvollzogen werden können. Durch einen heutigen Beschluss mit einer Höchstgrenze, bräuchten die Gremien nicht jährlich darüber zu beraten.

Aus ihrer Sicht sei die Beratungsqualität ausbaufähig, so Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG). Sie interessiere sich für Alternativen zur Zusammenarbeit mit der Stadt Trier hinsichtlich eines solchen Servicecenters. Ferner bitte sie um Mitteilung, was mit den nicht angenommenen Anrufen passiere.

Der **Landrat** gibt an, dass es komplexe Fragestellungen betreffend der Zusammenarbeit mit der Stadt Trier gebe. Der Druck laste diesbezüglich auf den Mitarbeiter:innen, gerade in den Pandemiezeiten.

Herr **Hochscheidt** ergänzt, dass es in den vergangenen Jahren eine hohe Personalfuktuation beim Servicecenter gegeben habe. Aus diesem Grund sei eine inhaltliche Schulung der Mitarbeiter:innen erschwert worden. Inhaltliche sowie sachliche Veränderungen bei den beiden Verwaltungen müssen an das Servicecenter weitergegeben werden.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) stimmt den Ausführungen von Kreisausschussmitglied Schlöder (FWG) zu. Er schlage vor, den Beschlussvorschlag zur Verbuchung der anteiligen Kosten des Landkreises Trier-Saarburg zuzustimmen und den zweiten Teil zur Erhöhung der Personalstärke auf die Kreisausschusssitzung am 28.03.2022 zu vertagen. Die Verwaltung bitte er zu prüfen, ob Alternativen zur derzeitigen Struktur möglich seien.

Die Wartezeiten bei dem Servicecenter seien gering, so Herr **Hochscheidt**. Er lade gerne alle Interessierten ein, mit ihm Kontakt aufzunehmen und sich die Arbeit des Servicecenters anzusehen. In Spitzenzeiten und bei hohem Anruferaufkommen können nicht alle Anrufe entgegen genommen werden.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) betont, dass die Mitarbeiterkontaktdaten der Kreisverwaltung im Internet jederzeit einsehbar seien. Aus ihrer Sicht

handle es sich um durchweg kompetente Beratung durch das Servicecenter. Sie plädiere ausdrücklich dafür, bei einer Gesamtvermittlung zu bleiben. Die SPD-Kreistagsfraktion könne dem Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zum Splitten des heutigen Beschlussvorschlags zustimmen.

Auf Rückfrage des **Landrates** hinsichtlich der Datenbank erklärt Herr **Hochscheidt**, dass in dieser Datenbank rund 1.300 Dienstleistungen hinterlegt seien.

Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) könne sich den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) anschließen. Dennoch bitte sie um kurze Beantwortung in welchen Bereichen die Bevölkerungsanfragen gestiegen seien und welche Behörde betroffen sei. Ferner müsse geprüft werden, wie vermieden werden könne, dass ein solch hohes Anrufaufkommen erreicht werde.

Im vergangenen Jahr seien allein über 30.000 Anrufe für das Gesundheitsamt sowie knapp 30.000 Anrufe für die Kreisverwaltung entgegen genommen worden, so Herr **Hochscheidt**.

Der **Landrat** bittet anschließend, diese Übersicht an die Kreisausschussmitglieder im Nachgang zur heutigen Sitzung weiterzuleiten.

Fraktionsvorsitzender **Piedmont** (FDP) sieht ebenfalls Beratungsbedarf innerhalb der Kreistagsfraktionen.

Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) sowie Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) heben hervor, dass die Ansprechpartner der Kreisverwaltung auf der Homepage ersichtlich seien. Ferner werde die Bevölkerung durch das Servicecenter kompetent beraten.

Landrat **Metzdorf** fasst zusammen, dass es sich insgesamt um eine sinnvolle Serviceleistung handle. Es gebe positive sowie negative Rückmeldungen zur Arbeit des Servicecenters. Die Trennung des Servicecenters nach den beiden Gebietskörperschaften sei von keiner Seite leistbar. Das dortige Personal müsse geschult werden, um die Servicequalität weiter zu erhöhen. Dem Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) könne er sich anschließen.

Die nicht bearbeiteten Anrufe werden nicht erfasst, so Herr **Hochscheidt**. Bei dem letztjährigem Wert von rd. 300.000 Anrufern seien ebenfalls die Wahlwiederholer inbegriffen.

Seit über 10 Jahren arbeite das Servicecenter 115 sehr erfolgreich, schildert Büroleiter **Fuchs**. Andere Landkreise haben sich ebenfalls in diesem Bereich zusammengeschlossen. Er warne ausdrücklich vor einer Teilung der Servicehotline. Dadurch würden dem Landkreis erhebliche Mehrkosten entstehen. Durch ein komplettes Aussteigen werde ein falsches Signal gesendet. Finanziell sei es sinnvoll, den bisherigen Anteil beizubehalten. Er appelliere an die Kreistagsfraktionen sich darüber zu beraten.

Herr **Müller** betont, dass die Bedeutung dieser Servicenummer gerade in Krisenzeiten von unschätzbarem Wert sei. Der Landkreis brauche eine solche

Rufnummer.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die anteiligen Kosten des Landkreises Trier-Saarburg für den Betrieb des Servicecenters 115 für das Jahr 2021 in Höhe von 138.592,98 € zur Kenntnis und stimmt der Verbuchung bei der Buchungsstelle 11462.525430 im Haushaltsjahr 2022 zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen 14 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme

10. Vorstellung Pflege- und Entwicklungsplan des Naturschutzgroßprojektes "Bänder des Lebens im Hunsrück"; Vorlage: 0034/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Scholtes sowie Herrn Konrad.

Im Folgenden stellt Herr **Konrad** mittels der Anlage zur Vorlage beigefügten Präsentation das Naturschutzgroßprojekt „Bänder des Lebens im Hunsrück“ vor. Hierbei seien lediglich der Ankauf bzw. die Pacht, die Ersteinrichtung sowie die Entwicklung förderfähig. Die entsprechenden Zielerreichungen können nur in Zusammenarbeit mit der Land- und Forstwirtschaft gelingen. Die Kosten pro Landkreis und Jahr liegen bei rd. 33.000 Euro. Die Folgekosten müssten berücksichtigt werden.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) teilt mit, dass sie im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Landesumweltausschuss Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt habe. Die Kosten für den Landkreis seien am wichtigsten bei Projekten dieser Art. Die Landwirte wollen ihre Flächen vergrößern und nicht für solche Vorhaben hergeben. Dieses ambitionierte Projekt brauche einen langen Atem zur Umsetzung. Die finanziellen Mittel seien darin gut investiert. Insgesamt müsse es für den Landkreis umsetzbar sowie finanzierbar sein.

Herr **Konrad** gibt daraufhin an, dass keine Wunder erwartet werden dürften. Die allgemeine sowie die politische Bereitschaft zur Umsetzung dieses Großprojektes müssen vorhanden sein. Die Forstämter tragen ebenfalls zum Erfolg bei. Aus Sicht der Landwirtschaft handle es sich bei den angegebenen Flächen um nicht nutzbare Gebiete. Diese wiederum könnten durch verschiedene Maßnahmen gestärkt werden.

In der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Agrar- und Weinbauausschusses habe es seitens des Bauern- und Winzerverbandes große Bedenken gegeben, so die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke). Die drastische Folge sei das Verschwinden von Lebensräumen. Aus ihrer Sicht handle es sich um ein au-

ßerordentlich unterstützenswertes Projekt. Neben der Digitalisierung müsse auch der Umweltschutz gefördert werden.

Zum Schluss merkt der **Landrat** an, dass er dieses Projekt ebenfalls befürworte. Es handle sich um ein sehr komplexes Projekt. Einen Dank spricht er allen Beteiligten aus.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

11. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet die Verwaltung darum, eine Übersicht über die externen Beratungsleistungen der aktuellen Wahlperiode zu erstellen. Darin enthalten sein sollten die Gesamtsummen der jeweiligen Beratungsleistung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)